

**DIE DDR-POLITIK DER UDSSR 1987–1990**  
**MOSKAU UND DIE LETZTE PHASE DER DEUTSCHEN ZWEISTAATLICHKEIT\***

**Igor F. Maximytschew**

Das Thema meines Vortrags darf niemanden irreführen. Die ganze Tragik des Geschehens für die Russen bestand nämlich gerade darin, daß es keine zusammenhängende DDR-Politik der UdSSR in den für Europa entscheidenden Jahren gab. Michail Gorbatschow, der sich für ein Genie der Improvisation hielt, war deshalb ein überzeugter Gegner einer durchdachten und konsequenten politischen Strategie. Wichtig sei der Anfang, alles andere komme schon, war seine Verhaltensregel. Daher sein triumphierender Ausruf bei der Ankündigung jeder Veränderung: „Der Prozeß hat begonnen!“ Daß dieser Prozeß zu Ergebnissen führte, die seinen Erwartungen und Zielsetzungen entgegenliefen, schien ihn wenig zu bewegen. Auch heute ist er überzeugt, ein überragender Staatsmann zu sein, auf dessen Rat alle Welt ungeduldig wartet.

Praktisch alle gegenwärtigen Probleme unseres Kontinents sind dadurch entstanden, daß es versäumt wurde, die Wucht der nationalen Flutwelle zur deutschen Einheit hin, die Ende 1989 einsetzte, für den Beginn einer realen, nicht nur verbalen Bewegung zur Einigung ganz Europas zu nutzen. 1990 ist das Jahr der Vereinigung von zwei deutschen Staaten geworden. Mit einigem Grund kann dieses Jahr auch als Startmoment zur Vertiefung der westeuropäischen Integration (das „Kleine Europa“) eingeschätzt werden. Was aber entschieden verpaßt wurde, war die Grundsteinlegung für ein „Großes Europa“, das logischerweise der nun überwundenen Spaltung des Kontinents hätte folgen sollen. Eine gesamteuropäische Zukunft wurde in allen internationalen, auch völkerrechtlich verbindlichen Dokumenten beschworen, die der Einheit Deutschlands vorausgingen oder sie begleiteten. Der erste, unentbehrliche Schritt in diese Richtung mußte die Schaffung eines gleichwertigen gesamteuropäischen Sicherheitsraumes sein – nur dann hätte der Neubeginn in der Geschichte Europas eine Chance gehabt. Gerade dieser erste Schritt kam trotz wiederholter Versprechen nie zustande. In der Neuinszenierung des gesamteuropäischen Trauerspiels erhielt Deutschland erneut eine Schlüsselrolle zugewiesen.

Das deutsche Problem war für Moskau immer und in erster Linie eine Frage der Sicherheit. Auch das Doppelwesen des Sowjetstaates (die über allem stehende Partei und ihre kommunistische Ideologie einerseits, der Staat als Nachfolger des alten Rußland und sein Platz in Europa und in der Welt andererseits) hat niemals diese Gewichtung ändern können. Die berühmte Stalin-Note vom März 1952 hat die Möglichkeit eines souveränen, geeinten und neutralen Deutschland signalisiert – unter der Voraussetzung, daß dabei die Sicherheit der Sowjetunion gewährt bleibt. Die von den unmittelbaren Erben des Diktators mitausgehandelte

Variante eines souveränen, geeinten und neutralen Österreich hat 1955 das Tor zu einer „österreichischen Lösung“ theoretisch auch für die DDR eröffnet – unter der gleichen Voraussetzung. Übrigens blieb diese „österreichische“ Perspektive bis zum Ende der ostdeutschen Republik ein Alptraum für die DDR-Führung. Der Aufbau des bürokratischen Sozialismus in den osteuropäischen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrags war eigentlich ein Hilfsmittel, das die Kohäsion der sozialistischen Staatengemeinschaft als Unterpfand für die Sicherheit der UdSSR bewahren sollte.

Die Gorbatschowsche Perestroika („Umgestaltung“) hatte offiziell zum Ziel, ausgerechnet die Sicherheit des Landes nach innen und nach außen zu erhöhen. Nach innen durch eine Anpassung der gesellschaftlichen Verhältnisse an eine zunehmend postindustrielle Welt; nach außen durch ein geregeltes atomares Gleichgewicht mit den USA und durch kontrollierte Abrüstung in Europa. Diese doppelte Zielsetzung wurde im Lande enthusiastisch begrüßt. Auch in anderen realsozialistischen Ländern reifte die Zeit für eine entschiedene Modernisierung in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens heran. In der DDR-Bevölkerung war die Unterstützung der Perestroika extrem stark; jedoch führte sie – anders als in der UdSSR – zu einer nicht mehr zu korrigierenden Zementierung der Spaltung zwischen den Herrschern und Regierten. Ursprünglich schien es zwar möglich, daß die sich zusammenballenden Spannungen in der ostdeutschen Gesellschaft gemildert würden: die betont positive Reaktion der DDR-Bevölkerung auf Erich Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987 bewies das. Den Schlußpunkt jedoch setzte Honecker selbst, als er im Januar 1989 erklärte, die Mauer würde noch hundert Jahre stehen.

Für mich begannen die Zweifel an den Perspektiven der DDR schon Anfang Juni 1987, als in Berlin buchstäblich vor meinen Augen (die Fenster meines Arbeitszimmers sowie auch der Wohnung in der Botschaft gaben die Sicht auf die Linden frei) Volkspolizei und Stasi eine unüberschaubare Menschenmenge auseinanderzujagen versuchte, die ununterbrochen „Gorbi, Gorbi!“ und „Die Mauer muß weg!“ schrie. Zugegeben, der Anlaß zu dieser Ansammlung war alles andere als politisch – ein Rock-Konzert vor dem Reichstag an drei Abenden hintereinander, wobei die Lautsprecher so eingerichtet waren, daß die ganze Tonstärke auch nach Ost-Berlin schallte. (Motiv: „Die armen DDRler müssen auch was von diesem hochkarätigen Rock hören können!“). Die Technik funktionierte hervorragend: im ganzen Botschaftsgebäude der UdSSR konnte man sich nur schreiend verständigen. Und dennoch: Volkspolizei und Stasi gegen die Leute einzusetzen, die sich wegen eines Konzerts versammelten – sei es auch im sensitiven Grenzgebiet! – war ein Wahnsinn, der von der Kopflosigkeit der politischen Führung des Landes zeugte. In den darauffolgenden Wochen gab man sich sowohl in Berlin als auch in Moskau große Mühe, diesen Vorfall schnell zu vergessen. Das gelang so erfolgreich, daß der Beginn der Leipziger

Montagsdemonstrationen zwei Jahre später als etwas Nie-da-Gewesenes aufgefaßt wurde. So neu waren sie aber nicht.

Die inneren Unzulänglichkeiten der Perestroika-„Prozesse“ haben sich ziemlich früh manifestiert. Statt zu Hause für Abhilfe zu sorgen, ließ sich Gorbatschow von der attraktiven Seite seiner Aktivitäten auswärts anziehen – im Ausland, realsozialistisch oder realkapitalistisch, wurde er schnell populär. Aber auch hier konnten er und sein provinzieller Außenminister Eduard Schewardnadse als grüne Neulinge auf dem diplomatischen Parkett kein Programm anbieten, das die Aufrechterhaltung von wichtigsten internationalen Positionen der UdSSR und nicht ihre entscheidende Isolierung beinhaltet hätte. Außer der unscharfen Formel eines gemeinsamen europäischen Hauses (die im übrigen noch von Leonid Breschnew stammte) hatten die Perestroikisten der Welt, dem europäischen Kontinent, ihren Partnern sowie Verbündeten nichts Konkretes vorzuschlagen.

Den Gedanken, zur Gesundung der Verhältnisse im sowjetischen strategischen Vorfeld direkt beizutragen, verwarf Gorbatschow von Anfang an, obwohl meistens nur ein Zeichen von ihm genügt hätte. Er gab als Direktive für die Behandlung der Partner in der von der UdSSR angeführten integrierten osteuropäischen Staatengemeinschaft eine streng konservative Parole aus: „Keine Kritik untereinander und keine Aufforderung zum Experimentieren!“ Im Verlauf der Existenzkrise des Ostblocks, insbesondere der DDR-Krise, gab es kein einziges Mal, wo Gorbatschow den Ereignissen zuvorkam und ihnen nicht mit immer stärkeren Einbußen von Autorität nachlief.

In dieser ganzen Zeit blieb die Situation in Mittel- und Osteuropa, insbesondere die Lage in Deutschland, für die Führung der UdSSR ein Buch mit sieben Siegeln. In seinem Band „Perestroika für unser Land und für die ganze Welt“ (1988) sprach Gorbatschow beispielsweise von der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die „auch mitten durch Berlin“ verlaufe. Nach einem wütenden Protest aus Ost-Berlin, wo dieser Satz schlimmste Verdächtigungen aufkommen ließ, wurde der Text in der zweiten Auflage korrigiert, jedoch weder Gorbatschow selbst noch Schewardnadse gaben sich jemals Mühe, sich die Besonderheiten des Status von Berlin zu Herzen zu nehmen. Weder sie noch die Legion ihrer hochkarätigen Berater kamen jemals auf den Gedanken, daß mit dem Vier-Mächte-Status der deutschen Hauptstadt, der längst schon zum Vier-plus-Zwei-Status geworden war, bereits der Kern der künftigen gesamteuropäischen Konstruktion vorlag, die offiziell als Ziel der Gorbatschowschen Europa-Politik fungierte. Denn an dieser stillschweigenden Sicherheitsgarantie für den ganzen Kontinent waren nicht nur alle führenden Mächte Nachkriegs-Europas mitbeteiligt, sondern auch – was noch bedeutsamer war – gleichberechtigt West und Ost insgesamt.

Die Einstellung Gorbatschows zur deutschen Frage zeichnete sich durch den Verzicht aus, sich Gedanken darüber zu machen (was durchaus typisch für die Führung der Spät-UdSSR in bezug auf fast alle Probleme war, die auf dem unerforschlichen Weg der Perestroika entstanden). In sein schon erwähntes Werk baute der oberste Chef der UdSSR eine Passage über bevorstehende 100 Jahre ein, die voraussichtlich die Existenz der beiden deutschen Staaten andauern würde. „Was sich in 100 Jahren ereignet“, führte er aus, „darüber wird die Geschichte entscheiden. Bis dahin hat man von den bestehenden Realitäten auszugehen und Brandstiftungsspekulationen zu unterlassen“. Der Gedanke an die Möglichkeit des frühzeitigen Ablebens der DDR und an die Verantwortung dafür qualte jedoch Gorbatschow ganz sicher. Beim Abflug von Berlin am 7. Oktober 1989 (das sollte sein letzter Besuch in der DDR werden) warnte er den damaligen sowjetischen Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow: „Das sowjetische Volk würde uns nie vergeben, wenn wir die DDR verlieren würden“. Diese Selbstwarnung (?) wiederholte er im Telefonat mit dem Botschafter am 6. November. Kotschemassow fühlte sich danach den ganzen Tag völlig niedergeschmettert.

Hier wäre es am Platze zu vermerken, daß Botschafter Kotschemassow seine Aufgabe verfehlte, der beste Kenner der DDR-Verhältnisse und als solcher der gewünschte Berater für die Führung in Moskau in Sachen Deutschland zu sein. Die Methode des ZK der KPdSU, in den Ostblockländern nur ZK-Mitglieder als Botschafter einzusetzen, das heißt Leute, die garantiert ohne berufliche Erfahrung im Außendienst waren (offizielles Motiv: die höchste Aufgabe dieser Botschafter sei es, die Verbindung zwischen den Parteiführungen aufrechtzuerhalten und sonst nichts), hat zum Zusammenbruch der realsozialistischen Staatengemeinschaft wesentlich beigetragen. Im Falle Kotschemassows können mindestens zwei Fehlleistungen festgestellt werden: erstens seine ständige Aufforderung an die Angehörigen der Botschaft, in der Berichterstattung nach Moskau die Lage „nicht zu dramatisieren“ (Originalton: „Genosse Gorbatschow ist ohnedies viel zu beschäftigt!“); zweitens seine strikte Weigerung, Informationen nach Moskau weiterzuleiten, die „zu beunruhigend“ hätten sein können, auch wenn sie die tatsächliche Lage widerspiegelten (bei Verdacht, mit solchen Berichten die Führung zu belästigen, rief Kotschemassow seine Gewährleute im ZK der KPdSU an und verfuhr nach ihren Anweisungen).

Das soll nicht bedeuten, die Moskauer Führung sei dadurch getäuscht oder irreführt worden: alarmierende Nachrichten kamen trotzdem nach ganz oben durch, wurden dort aber einfach ignoriert. Schlimme Folgen zog die Handlungsweise des Botschafters vor allem im Bereich der Lösungsvorschläge nach sich, denn Diplomaten begnügen sich gewöhnlich nicht mit der Übertragung der Fakten, sie üben sich gleichzeitig in der Vorbereitung von Reaktionsvarianten. Als Beispiel kann die interne Brain-Trust-Beratung der Botschaft zum Thema: „Was

tun?“ dienen, die am 16. Oktober 1989, das heißt zwei Tage vor der Absetzung Erich Honeckers, stattfand. Zwei Thesen wurden dabei besonders hervorgehoben: (1) „Der aktuelle Spielleiter ist Bonn, nicht das ZK der SED. Man hätte eine Einigung mit der Opposition in der nationalen Frage anstreben müssen, solange das noch möglich war. Ein Überholen des gesamteuropäischen Prozesses durch den Zusammenschluß der DDR und der BRD ist zu verhindern, was nur mit den Westmächten zu erreichen wäre“; (2) „Die Wiedervereinigung ist schon im Gange; noch wird sie allerdings nur auf dem westdeutschen Boden vollzogen. Wir müssen den Prozeß der deutschen Einheit von Anfang an beeinflussen können und schon jetzt ein neutrales Deutschland oder zwei neutrale Deutschlands anpeilen“.

Es gab dabei keine Gegenstimmen. Meine eigenen Ausführungen auf dieser Beratung enthielten folgende Empfehlung: „Die UdSSR sollte sich auf alle Eventualitäten vorbereiten, darunter auch auf den Augenblick, wo die Mehrheit der Demonstranten die Vereinigung einfordern wird. Die Aufnahme des Kontakts mit der Opposition muß beschleunigt werden. Wir können nicht auf das Konzept des gemeinsamen Hauses Europa verzichten. Am einfachsten wäre dieses Ziel mit einer selbständigen DDR zu erreichen, auch wenn sie nicht mehr sozialistisch sein sollte. Diese ‚österreichische Variante‘ könnte die Zustimmung des Westens, Bonns inklusive, erhalten, wenn das Angebot nicht zu spät käme. West-Berlin dürfte dabei die Rolle der Brücke und des Vermittlers spielen“.

Die Reaktion des Botschafters auf diese einhellige Meinung der Fachleute war: „Es liegt eine wirtschaftliche und politische Krise [der DDR] vor. Man muß erst ihre Tiefe erkunden und nicht voreilig mit Schlußfolgerungen sein. [...] Wir müssen [zuerst] die Konzeption unserer Arbeit mit der DDR erarbeiten“. Die erwähnte Konzeption blieb bis zum Ende der DDR aus.

Als der neue Vorsitzende des DDR-Ministerrats, Hans Modrow, ohne vorherige Konsultationen mit Moskau den Begriff einer Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten in seine „Thronrede“ am 18. November vor der Volkskammer einbaute, schlug diese Nachricht im ZK der KPdSU wie eine Bombe ein. Die neue Formel ließ nach dem Geschmack der politischen Spitze der UdSSR ein zu weites Feld für Interpretationen zu, vor allem im Sinne der deutschen Konföderation. Dagegen glaubte man in Moskau, das Stadium der akuten Krise in der DDR sei nach der Maueröffnung endlich vorbei und es gelte nur, innen- wie außenpolitisch alles in gewohnte Bahnen zurückzuführen. Der Große Bruder beschloß, wenigstens keine Extension des Begriffs Vertragsgemeinschaft zuzulassen. Dieser Beschluß wurde unmißverständlich an die DDR-Führung herangebracht.

Alle Bemühungen Modrows, in den entscheidenden Monaten November und Dezember 1989 der Kremelführung die Bedeutung der deutschen Frage beizubringen, schlugen fehl. Hätte die DDR schon im Dezember 1989 eine überzeu-

gende Lösung dieses Problems einbringen dürfen, wie das Hans Modrow vorschwebte, wäre es vielleicht möglich gewesen, etwas mehr von der DDR zu retten. Jedenfalls habe ich 1994 aus dem Munde eines der damaligen Stabsmitarbeiter von James Baker, Philip Zelikow, gehört, daß eine entsprechende Initiative Moskaus oder Ost-Berlins die Washingtoner Strategen mit ihrer Fixierung auf eine „Vergrößerung“ der Bundesrepublik flugs in eine höchst unkomfortable Lage versetzt hätte.

Bis heute ist man lediglich auf Vermutungen angewiesen, was Gorbatschow letzten Endes dazu bewogen haben mag, seine Position um 180 Grad zu verändern und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur zuzulassen, sondern regelrecht zu fördern. Der übliche Hinweis auf eine diesbezügliche Beratung unter seinem Vorsitz, die am Abend des 26. Januar 1990 stattgefunden haben soll und auf der seine außenpolitischen Berater (Kotschemassow nahm daran bezeichnenderweise nicht teil) ihn umgestimmt haben sollten, erklärt nichts, da sich solche Veranstaltungen im Sowjetsystem ausschließlich dann ereigneten, wenn die Sache vom Chef schon vorentschieden war. Es wäre anzunehmen, daß dabei das Treffen mit dem US-Präsidenten George Bush auf Malta Ende Dezember 1989 eine Rolle gespielt haben könnte, der ihm die amerikanische Linie auf eine baldigste Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik bekanntgab.

Einiges spricht dafür, daß die Begegnung Gorbatschows mit James Baker am Vorabend des Besuchs von Helmut Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 die Ursache seines plötzlichen Beschlusses war, die Vereinigung ausdrücklich „in die Hände der Deutschen selbst“ zu legen. Noch am 30. Januar versprach er seinem Gast Hans Modrow, dessen Konzept „Deutschland einig Vaterland“ ab sofort zu unterstützen. Der DDR-Regierungschef hatte damit endlich die Erlaubnis, der Weltöffentlichkeit seine Thesen zum deutschen Nationalproblem zu präsentieren (das geschah am 1. Februar). Ganze 10 Tage waren ihm von Gorbatschow zur Realisierung dieses Konzepts konzedierte. Als diese Frist abgelaufen war, verkündete der Vater der Perestroika seinen staunenden Gesprächspartnern aus Bonn im Klartext: Ihr braucht keine Sorgen zu haben – was Ihr bei der DDR durchsetzen könnt, wird akzeptiert. Ganz logisch kam kurz danach die Zusage Moskaus zur Verhandlungsformel „2+4“ und nicht „4+2“, auf der Paris und London beharrt hatten und die im Prinzip Gorbatschow mehr Chancen gegeben hätte, die Interessen seines Landes zu vertreten.

Wie dem auch sei, es bleibt, daß die Welt und vor allem Europa die Gewaltlosigkeit des Übergangs zur postkonfrontativen Ära eigens Rußland zu verdanken hat. Der Hauptgrund dafür war, daß die deutsche Gefahr in den Köpfen der russischen Politiker sowie im Massenbewußtsein der Russen zu existieren aufhörte. Erst wenn man die Einstellung Rußlands von 1945, das damals bereit war, seine Sicherheit vor Deutschland um jeden Preis zu erkämpfen, und die von 1990

vergleicht, als es die Perspektive der Wiederherstellung Deutschlands als der stärksten westeuropäischen Macht nicht mehr als Bedrohung auffaßte, kann man die Distanz ermessen, die in diesen 45 Jahren im russisch-deutschen Verhältnis zurückgelegt worden war. Es ist kennzeichnend, daß sich 1989–90 in Rußland keine einzige Stimme von Belang zugunsten der Aufrechterhaltung der deutschen Spaltung erhob. Das bedeutete nicht, daß es keine Nervosität innerhalb und außerhalb des Kremls angesichts des zuerst als theoretisch eingeschätzten Untergangs der DDR gab. Es existierten Befürchtungen, daß dadurch außenpolitische Positionen der UdSSR in Europa entscheidend ausgehöhlt würden, was ihre lebenswichtigen Interessen ungeschützt ließe.

Daß es in der DDR oppositionelle Gruppen gab, die meistens im Schutz der evangelischen Kirche agierten, war für die Botschaft natürlich kein Geheimnis: fast jeden Tag konnten wir ausführliche Berichte darüber in den westdeutschen und West-Berliner Zeitungen lesen. Viel mehr wußten wir freilich auch nicht. Es gab eine Verabredung zwischen den Führern der sozialistischen Länder, daß ihre Geheimdienste nicht gegeneinander spionierten. Das verhinderte nicht, daß das KGB, das einen mächtigen Apparat in Berlin unterhielt, doch etwas von den Aktivitäten der DDR-Opposition wußte, was über den Umfang der diesbezüglichen Informationen hinausging, die das ZK der SED dem Botschafter und die Stasi dem KGB übergaben. Außer von den West-Berliner Quellen kamen die Informationen auch von den zahllosen sowjetischen Delegationen, die die DDR ständig bereisten. Das alles blieb aber uns, dem diplomatischen Teil der Botschaft, fast völlig vorenthalten. Es war die allgemeine Überzeugung, auch die des Botschafters, daß das Oppositionsproblem die „reinen“ Diplomaten überhaupt nichts angehe. Das Thema wurde kein einziges Mal während der täglich geführten Gespräche mit den offiziellen Vertretern der DDR-Institutionen oder Parteien bzw. im Kreis der privaten Freunde angeschnitten, die ich oder meine Mitarbeiter vor dem Herbst 1989 hatten.

Ich bin sicher, daß auch Gorbatschow nichts oder unbedeutend wenig von der Existenz der DDR-Opposition wußte. Dieser Sachverhalt wird von ihm selbst in seinen Memoiren ziemlich überzeugend belegt. Gorbatschow-Originalton: „Am 1. Oktober [1989] informierten mich Mitarbeiter des Sowjetischen Kulturfonds, die gerade erst aus der DDR zurückgekehrt waren, über Raissa Maximowna [Gorbatschowa] von einer Unterredung mit den Vertretern des Kulturbundes, die bei ihnen Besorgnis ausgelöst hatte. Ihre Gesprächspartner hatten die politische Situation in der DDR mit dem Satz umschrieben, es sei ‚fünf Minuten vor zwölf‘. In der Gesellschaft brächen sich eindeutige Tendenzen Bahn. Die Bevölkerung sei höchst unzufrieden; Vertreter der Intelligenz träten in wachsender Zahl aus der SED aus. [...] Da ich das hohe Ansehen des Kulturbundes kannte, nahm ich diese Informationen sehr ernst.“ (Michail Gorbatschow, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 933) Sehr ernst oder nicht sehr ernst – die Reaktionen des ersten

Mannes der UdSSR änderten sich nicht: er bestand auch weiter auf dem Prinzip, daß die SED die Verantwortung für die DDR trug. Was sicher zu kurz gegriffen war, da niemand und nichts die UdSSR von ihrer Verantwortung für die Lage im Zentrum Europas entbunden hatte.

Gleichzeitig ist auch etwas anderes bezeichnend: Die Tatsache, daß sich die Spannung in der DDR zu entladen drohte, scheint eine Woche vor dem Berlin-Besuch Gorbatschows eine große Entdeckung für ihn gewesen zu sein. Das läßt zweierlei Erklärungen zu: entweder traute Gorbatschow seinen Diplomaten und Geheimdienstlern nicht über den Weg und ignorierte ihre Warnungen völlig (es ist unvorstellbar, daß es solche Warnungen nicht gegeben hat; von der Berliner Botschaft waren jedenfalls etliche Alarmsignale ausgegangen), oder seine Umgebung ließ die als „unangenehm“ empfundenen Informationen einfach nicht zu ihm durchdringen – dann war das System schon damals tot. Die „Sieb“-Variante ist wahrscheinlicher. Es war eine übliche Praxis, daß vor der Übersendung brenzlicher Informationen nach Moskau Kotschemassow seine Freunde im ZK anrief und fragte, ob diese dort willkommen wären.

In den täglichen Lagebesprechungen unter dem Vorsitz des Botschafters war die Aufrechterhaltung der Stabilität in der DDR ein ständiges Thema. Nur: die Gefahren für die Stabilität gingen, der offiziellen Linie folgend, ausschließlich von außen aus – von der Bundesrepublik und „anderen imperialistischen Staaten“. In den Fragekatalogen, die uns von der Zentrale von Zeit zu Zeit zugeschickt wurden, tauchte das Wort „Opposition“ überhaupt nicht auf. Ab April 1989 tauchte jedoch der Oppositionsbegriff bei den internen Beratungen, bei denen die Botschaftsanalysten das Wort ergriffen, immer häufiger auf. Meistens aber war die Rede von „informellen“ bzw. „inoffiziellen“ Vereinigungen, Organisationen oder Gruppen. Die vorherrschende Tendenz der entstehenden Diskussion war: Wir unterstützen die SED („die Freunde“) gegen alle Angriffe und Oppositionen (das war die offizielle Linie der KPdSU). Jedoch gewann mit der Zeit auch die Kritik an den Zuständen in der DDR an Heftigkeit und Bissigkeit. Ich erinnere mich, daß bei einer Beratung über den „Sozialismus in den Farben der DDR“ im Mai 1989 der Ton der Beschuldigungen gegen die SED so ungehalten war, daß ich mich in meinem Schlußwort gezwungen sah, davor zu warnen, von der DDR als von einem „Fremd- oder sogar Gegnerland“ zu sprechen.

Es gab noch einen Bereich, in dem abweichende Meinungen im Vergleich mit dem offiziell von der SED Vorgeschriebenen vorhanden waren, ohne daß es eine regelrechte Opposition war – die Blockparteien. Im Prinzip durfte die SED uns nicht verbieten, Kontakte mit diesen Parteien zu entwickeln, die ja Regierungsparteien waren. Dafür aber wurde ein spezieller Trick erfunden. Am 10. Februar 1989 wurde ich zum ZK-Abteilungsleiter für Agitation, Heinz Geggel zitiert, der einen scharfen Protest gegen die Erklärungen unseres zweiten Botschaftssekretärs, Oleg Loginow, im Gespräch mit einem NDPD-Kreisleiter in

Berlin einlegte. Der Sekretär (Geggel hielt ihn übrigens für seinen Fast-Namensvetter Botschaftsrat Michail Logwinow) wurde einer Hetze gegen die SED-Politik angeklagt; seine sofortige Abberufung wurde gefordert. Die nachfolgende interne Untersuchung in der Botschaft ergab, daß Loginow wirklich ein Gespräch mit dem NDPD-Mann geführt hatte, aber seine Aussagen nicht über das vertretbare Maß des In-Schutz-Nehmens der Perestroika hinausgegangen waren. An diesem Gespräch nahm ein weiterer Botschaftsmitarbeiter teil, der dies bestätigte.

Am 13. Februar besuchte ich Geggel auf meine Initiative, begleitet diesmal vom Botschaftsrat Logwinow, und erläuterte ihm unsere Sicht des Vorfalles. Die Forderung nach seiner Abberufung wurde fallengelassen, die Warnung jedoch war unmißverständlich. Intern gab der Botschafter die Anweisung, den ohnehin schwachen Kontakt zu den Blockparteien praktisch einzufrieren – von der evangelischen Kirche und eigentlichen Opposition ganz zu schweigen. Diszipliniert wie wir waren, haben wir diese Anweisung befolgt, die darüber hinaus niemals expressis verbis außer Kraft gesetzt wurde. Als mir am 1. August 1989 auf einem Empfang in der Botschaft der Schweiz unerwartet Pfarrer Rainer Eppelmann, der von der SED als Quelle allen Übels dargestellt wurde, vorgestellt wurde, war mein erster Gedanke: nun werden die Freunde meine Abberufung fordern. Dazu kam es freilich nicht. Einen so maßgeblichen Mann der evangelischen Kirche der DDR wie Manfred Stolpe habe ich jedoch erst im Dezember 1989 persönlich kennengelernt.

Aus meiner Sicht gab es im Verlauf der „Wende“ in der DDR zwei ganz besondere Gefahrensituationen: die erste Anfang Dezember 1989 und die zweite Mitte Januar 1990. Beide Male stand die Situation auf der Kippe. Und beide Male wurde die Gefährlichkeit der Situation in Moskau nicht erkannt. Nur wir, die wir vor Ort waren, fühlten mehr, als wir sie sahen, die herannahende Katastrophe. Denn eine Katastrophe wäre es geworden, wenn die Lage so außer Kontrolle geraten wäre, daß nichts zur Verfügung gestanden hätte außer der Westgruppe der Truppen, um die elementare Ordnung wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Militäreinheiten waren jedoch keine Polizeikräfte, sie waren für ganz andere Verhaltensweisen trainiert. An die unausbleiblichen Folgen wage ich auch heute noch nicht zu denken. Im Dezember rettete uns alle die blitzschnelle positive Reaktion der Westmächte auf unseren dringlichen Vorschlag, ein Treffen der Vier Botschafter einzuberufen (offiziell um die Reagan-Initiative aus dem Jahr 1987 zum Luftkreuz Berlin zu erörtern), was auch im ehemaligen Kontrollratsgebäude am 11. Dezember geschah. Die Zusage der Alliierten war dadurch zu erklären, daß sie genauso wie wir im Bilde waren, was den Zustand der DDR anbetraf. Die Januar-Zuspitzung wurde dann durch die Vorverlegung der Volkskammerwahl vom Mai auf den 18. März entschärft, was

ich der Bundesregierung über den Westberliner Senat vertraulich, jedoch mit allem Nachdruck ans Herz legte.

Das Wahlergebnis vom 18. März 1990 überraschte nicht nur uns. Zum Abschluß meine stichwortartigen Tagebucheintragen für die beiden Tage nach der Volkskammer-Wahl:

#### **Lage 19.3.90, Montag.**

Kotschemassow: „Prognosen über das Wahlergebnis sind nicht eingetroffen. Man hat für die Deutsche Mark gestimmt. Als Perspektive – die „Große Koalition“ CDU-SPD. Modrow: „Die Sozialdemokraten hätten bei der Verteidigung der sozialen Rechte entschiedener sein müssen“. Die PDS hätte gern die „Große Koalition“ verhindert. Das Resultat der PDS sei ein Erfolg. Sie wolle eine starke Opposition in der Volkskammer bilden.

Wir müssen aufmerksam die entstandene Situation analysieren und unsere Positionen im politischen Bereich, in den Medien festigen.“

#### **Lage 20.3.90, Dienstag.**

Kotschemassow: „Das gestrige Gespräch mit Modrow [war] Analyse und Prognose [gewidmet]. Eine nicht zu unterschätzende Rolle im Wahlkampf spielte die Kirche. Sie würde auch eine riesige Rolle in der neuen Regierung spielen. Der Siegesgrund der Rechten – massive Einmischungen der CDU der BRD und Streben der Bevölkerung nach der D-Mark. Das politische Bewußtsein der Masse sei niedrig. Die SPD hätte ein verschwommenes Programm gehabt, ihr Wahlkampf sei schlaff gewesen. Modrow ist durch Aussagen einiger sowjetischer Kommentatoren verstimmt (Wjatscheslaw Daschitschew). Die Aufgabe sei, die „Große Koalition“ CDU-SPD zu verhindern. Von Bedeutung wäre, daß in Berlin die SPD und die PDS eine überwältigende Mehrheit gewonnen haben. Das nächste Ziel – Kommunalwahlen am 6. Mai.“

*\*Vortrag am 2. November 2000 im Zentrum für Zeithistorische Forschung von Dr. habil. Igor F. Maximytschew (Außerordentlicher und Bevollmächtigter Gesandter a.D., seit 1993 Bereichsleiter am Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften Rußlands).*